

Resolution des Kreisvorstandes der Grünen Lörrach zur Ukraine-Krise – an den Bundesvorstand

Anlässlich der auch von grünen Spitzenpolitikern geäußerten Forderung nach militärischer Unterstützung der ukrainischen Regierungstruppen erklären die Mitglieder des Kreisvorstandes der Grünen Lörrach bei der Vorstandssitzung am 18.2.2015:

Die Grünen müssen wieder an ihre Wurzeln in der Friedensbewegung anknüpfen. Lieferungen von Waffen und militärischer Unterstützung haben bis jetzt nie zur Befriedung von Konflikten geführt. Insbesondere in der Ukraine ist die Situation so komplex, dass sie nicht durch militärische oder finanzielle Unterstützung einer Seite gelöst werden kann ohne die fundamentalen Rechte der dort lebenden Menschen signifikant zu verletzen.

Wir haben Verständnis dafür, dass Menschen vor mehr als einem Jahr gegen die korrupte Regierung Janukowytch auf die Straße gingen – trotzdem darf nicht vergessen werden, dass diese Regierung demokratisch gewählt war. Weiterhin darf nicht vergessen werden, dass die „Maidan-Aktivisten“ sowohl logistische als auch finanzielle Hilfe und Unterstützung insbesondere aus den USA, aber auch von europäischen politischen Organisationen und Stiftungen erhalten haben – die US-Staatssekretärin Victoria Nuland beziffert am 13.12.2013 die finanzielle Unterstützung der USA für die „Demokratiebewegung“ in der Ukraine mit 5 Milliarden USD¹, dazu kamen noch bedeutende Summen von halbstaatlichen Akteuren wie International Renaissance Foundation, Freedom House, German Marshall Fund of the United States und National Endowment for Democracy sowie von „privaten“ Finanziers wie beispielsweise George Soros und seinen Stiftungen², aber beispielsweise auch von Stiftungen konservativer europäischer Parteien. Diese Organisationen waren auch mit Büros und Manpower „vor Ort“ und haben so intensiven Einfluss auf die innerstaatliche Entwicklung der Ukraine genommen.³ Viele Ereignisse der letzten Monate wie z.B. der Abschuss von MH-17, die militärische und logistische Unterstützung durch Russland, die Teilnahme westlicher Söldner an den Konflikten etc. sind undurchsichtig und bis heute nicht aufgeklärt, da entscheidende Stellen auch in westlichen Regierungen Beweise und Unterlagen zurück- und geheim halten.

Auf Grund dieser Vorgeschichte sowie des bestenfalls ungeschickt zu nennenden Vorgehens der neuen ukrainischen Regierung, die beispielsweise die russische Sprache als Amtssprache abschaffen wollte, sehen wir die jetzigen militärischen Auseinandersetzungen begründet in einer Abfolge von Reaktionen in einer Spirale der Gewalt, deren Details wohl erst mit historischem Abstand ermittelt werden können.

Wir begrüßen sehr, dass die Bundesregierung sich für eine nicht-militärische Lösung einsetzt, und fordern auch die Grünen Repräsentanten auf Bundes- und EU-Ebene auf, sich intensiv für eine friedliche Lösung unter Berücksichtigung der Entwicklungsgeschichte des Konflikts einzusetzen. Insbesondere fordern wir, dass sich die Grünen und auch die Bundesregierung gegen die Stationierung von Kampfflugzeugen mit uranangereicherter Munition in Deutschland intensiv zur Wehr setzen. Es darf in Europa keine weitere Region geben, in der durch Uranmunition über Generationen hinweg Menschen leiden, wo kranke oder missgebildete Kinder geboren werden und pflanzliches und tierisches Leben dauerhaft bedroht ist.

Wir sind der Auffassung, dass eine unabhängige, freie und mit internationalen Kräften lückenlos überwachte Abstimmung in den betroffenen Gebieten die einzige Möglichkeit ist, Frieden in der Region und in Europa wieder herzustellen. Zur Gewährleistung der Sicherheit, zur Überwachung des Friedensprozesses und zur Sicherung von freien Wahlen und Abstimmungen in der Ukraine dürfen ausschließlich UNO-Truppen und UNO-Mitarbeiter mit entsprechendem Mandat der UNO eingesetzt werden, denn nur sie können durch eine Resolution der UNO ein gültiges und völkerrechtlich abgesichertes Mandat dazu erhalten.

¹ Remarks at the U.S.-Ukraine Foundation Conference auf www.state.gov

² Mária Huber: „Demokratisierung ist eher ein Kollateralnutzen“ bei www.heise.de

³ Die „philosophischen Grundlagen“ der Demokratieförderung finden sich u.a. bei Michael McFaul „Democracy Promotion as a World Value“ z.B. bei www.boell.de